

Stand: 10.05.2025 01:32:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19514

"Kita-Qualität verbessern: Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen einführen und Erzieherberuf aufwerten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19514 vom 07.12.2017
2. Beschluss des Plenums 17/19577 vom 07.12.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 07.12.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kita-Qualität verbessern: Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen einführen und Erzieherberuf aufwerten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neben einer Anpassung des Basiswerts für Kindertageseinrichtungen eine grundlegende, staatliche Sockelfinanzierung einzuführen. Ziel dabei soll sein, die Einrichtungen finanziell abzusichern, den Verwaltungsaufwand sowie die Randzeitenbetreuung angemessen zu berücksichtigen und somit letztendlich die Qualität in den bayerischen Kindertageseinrichtungen zu steigern.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, inwiefern der Erzieherberuf, auch in finanzieller Hinsicht, für Berufsanfänger und Quereinsteiger attraktiver gestaltet werden kann.

Begründung:

Neben der durch die FREIE WÄHLER Fraktion bereits geforderte stufenweise kostenfreie Gestaltung der Kindertagesbetreuung ist der sukzessive Qualitätsausbau der Kitas in Bayern unerlässlich. Neben einer Anpassung des Basiswerts für Kindertageseinrichtungen im Hinblick auf die tatsächlichen, bis dato nicht ausreichend berücksichtigten Kosten bedarf es daher der Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen.

Die Höhe des Basiswerts orientiert sich nämlich nicht an den tatsächlichen Anforderungen in den Kindertageseinrichtungen, z. B. waren bei der ursprünglichen Formulierung des Basiswerts im Bayerischen Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetz (BayKiBiG) keine Aufgaben wie Dokumentation etc. vorgesehen. Eine grundlegende, staatlich finanzierte Sockelfinanzierung, neben der kindbezogenen Förderung, soll die Einrichtungen absichern und den Verwaltungsaufwand, Randzeitenbetreuung und individuelle Familienbetreuung angemessen berücksichtigen.

Jene staatliche Sockelfinanzierung käme vor allem kleineren Kindertageseinrichtungen zugute, da diese unabhängig von der Anzahl der in der Einrichtung betreuten Kinder wäre. Eine derartige Grundfinanzierung würde darüber hinaus erstens auch zu einer besseren Planungssicherheit für die jeweiligen Träger der Kindertageseinrichtung führen und zweitens eine Attraktivitätssteigerung des Erzieherberufes bedingen. Um letzteres mit Nachdruck voranzubringen, ist es an der Zeit zu prüfen, wie etwa der Erzieherberuf für Berufsanfänger und auch Quereinsteiger attraktiver gestaltet werden kann.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/19514

Kita-Qualität verbessern: Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen einführen und Erzieherberuf aufwerten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Doris Rauscher

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Christine Kamm

Abg. Steffen Vogel

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Qualität in bayerischen Kitas sicherstellen - staatliche Förderung anheben!

(Drs. 17/19490)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kita-Qualität verbessern: Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen einführen und Erzieherberuf aufwerten! (Drs. 17/19514)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung - Kitaplätze ausbauen, Qualität der Betreuung verbessern (Drs. 17/19515)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Unsere erste Rednerin ist die Frau Kollegin Rauscher. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur jetzigen Uhrzeit ist die Besetzung noch überschaubar. Vielen Dank an diejenigen, die da sind und diesem wichtigen Thema ihre Aufmerksamkeit widmen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns heute um die Grundfinanzierung der Kindertagesbetreuung und die finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen. Es gibt eine aktuelle Information, dass der wichtige Sockelbetrag zur Finanzierung von Kitas für 2018 um lediglich 2 Euro angehoben werden soll. Das ist lächerlich und dient nicht der Sicherung der finanziellen Ausstattung von Kitas. Deswegen haben wir uns entschieden, dieses Thema heute per Dringlichkeitsantrag im Plenum einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Was brauchen Kinder? – Zu diesem Titel gab es hier im Hohen Haus vor einigen Wochen eine Veranstaltung, organisiert von der CSU-Landtagsfraktion, mit Anwesenheit der Sozialministerin. Die CSU wollte von Experten damals wissen, worauf es denn für eine gute Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren ankommt.

Wenig überraschend waren die Ergebnisse. Sie sind uns längst bekannt. Die Kinder brauchen Zuwendung, eine liebevolle Betreuung daheim genauso wie in den Kindertageseinrichtungen. Wir wissen mittlerweile auch von zahlreichen Studien, dass es – anders als früher vielleicht gedacht – nicht reicht, die Kinder mit einem schönen Spielzeug in die Ecke zu setzen und sich selbst zu überlassen. Das geht vor allen Dingen nicht in öffentlichen Einrichtungen mit einem Bildungsauftrag.

Wir brauchen also eine wirklich gute Betreuung; wir brauchen für die Kinder die Möglichkeit, eine wirklich stabile Bindung zur Bezugsperson aufzubauen, vor allem in den ersten Lebensjahren. Dafür brauchen wir auch eine möglichst individuelle Entwicklungsbegleitung, vor allem der Kinder im zarten Alter von unter drei Jahren.

Nur so entwickeln die Kinder eine wirklich stabile Persönlichkeit, Basiskompetenzen und Schlüsselqualifikationen, die Grundlagen für eine gute Entwicklung auch in der Schule und darüber hinaus im Beruf sind. Den ersten acht Jahren kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das alles konnten sich die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion und die Ministerin an diesem Abend anhören. Es bleibt die spannende Frage, was die CSU und die Staatsregierung aus diesem Abend gelernt haben. Trotz des Dankes der Ministerin an die anwesenden Fachkräfte aus der Praxis muss ich feststellen: Offensichtlich hat sie nichts gelernt.

(Beifall bei der SPD)

Hätten die Kolleginnen und Kollegen zu meiner Rechten wirklich gut zugehört, hätten sie gelernt, dass es zu dieser Bildungs- und Betreuungsarbeit auch Geld braucht. Das kam an diesem Abend ganz klar zum Ausdruck. Reiner Idealismus von Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas reicht nicht aus. Wir brauchen Geld zur Gewinnung von Personal zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Wir brauchen die Anpassung der Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern und übrigens auch von Kinderpflegern, damit die Erzieher im Rahmen der bestehenden Tarifverträge ordentlich bezahlt werden und vielleicht sogar – wie die meisten – an ihrem Arbeitsplatz auch eine Jahressonderzahlung oder ein Weihnachtsgeld am Ende des Jahres erhalten.

Wir brauchen Geld für die Ausstattung der Einrichtungen und zur Sicherung der Qualität. Wir brauchen auch eine Refinanzierung für die Freistellung von Leitungen, und wir brauchen geregelte Verfügungszeiten für die Erzieher; denn auch eine Vollzeitlehrkraft würde nicht während ihrer ganzen Arbeitszeit rein am Kind arbeiten.

Für all diese Aufgaben gibt es den sogenannten Basiswert, der natürlich noch mit Gewichtungsfaktor und Buchungszeitfaktor multipliziert wird. Ich sage das, damit mir heute am Ende der Debatte nicht noch Unwissenheit vorgeworfen wird. Natürlich wird da multipliziert. Aber dieser Basiswert soll der Grundfinanzierung der Kita dienen. Eigentlich – so war es gedacht – sollte er jedes Jahr an die Kostenentwicklung angepasst werden, damit die Ausgaben – vor allem der große Block der Personalausgaben – gedeckt werden können.

Für das kommende Jahr – so wurde es den Einrichtungen und den Trägern im sogenannten Newsletter der Staatsregierung im November dieses Jahres kommuniziert – soll dieser Basiswert um ganze 0,17 % angehoben werden. Das bedeutet eine Anhebung pro betreutem Kind pro Jahr um ganze 2,03 Euro. Und weil das leider kein Scherz ist,

(Volkmar Halbleib (SPD): Unmöglich!)

haben wir dieses Thema heute ins Hohe Haus gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie denn wirklich, dass diese Erhöhung des Basiswertes auch nur ansatzweise reicht, um die Kosten abzufangen? Größere Träger haben vielleicht noch einen gewissen Spielraum, aber kleinere Träger können diese Herausforderung überhaupt nicht meistern und haben große Mühe, das Geld zusammenzukratzen.

Noch einmal zur Erläuterung, was dahintersteckt, wenn die finanzielle Ausstattung nicht reicht: Es reicht nicht einmal – Kollegen in der ersten Reihe, bitte zuhören oder rausgehen! –

(Zurufe von der CSU)

für Tarifsteigerungen der Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen. Es reicht auch nicht zur Systematik. Jeder, der in einem Tarifvertrag gebunden ist, hat nicht nur Tarifierhöhungen zu erwarten, sondern das Gehalt entwickelt sich im Zuge des Älterwerdens innerhalb gewisser Stufen nach oben.

(Zuruf von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Eine 25-jährige Erzieherin verdient also weniger als eine 55-jährige. Genau diese altersbedingten Tarifierhöhungen können die Träger mit der vorgesehenen Erhöhung definitiv nicht finanzieren. Wir bewegen uns da je nach Einrichtung und Trägergröße um

einen Betrag bis zu 150.000 Euro für das Jahr 2018. Und da erklären Sie mir bitte einmal, woher die Träger dieses Geld nehmen sollen,

(Beifall bei der SPD)

ohne am Ende vielleicht bei Fortbildungsmaßnahmen für die Erzieher zu sparen, ohne vielleicht am lang ersehnten Nachhallschutz, dem Lärmschutz in den Gruppenräumen und an den Decken, oder ohne vielleicht am lang ersehnten neuen Sandkasten oder an der Rutschbahn im Außenbereich des Kindergartens zu sparen. Genau dort müssen nämlich die Träger jetzt das lang und mühsam angesparte Geld – um bei der Begrifflichkeit zu bleiben – zusammenkratzen. Ja, es wird eben nicht der neue Wickeltisch fürs Badezimmer in der Krippe organisiert, den die Kleinen, sobald sie ein bisschen krabbeln und laufen können, vielleicht über eine Treppe eigenständig hochklettern können. Nein, die Erzieherin wird bei einer Gruppenstärke von 24 Kindern dreimal täglich jedes Kind auf den Wickeltisch heben. Das hat auch nichts mehr mit betrieblichem Gesundheitsmanagement zu tun. Und warum wird es so sein? – Weil der Basiswert lediglich um 2 Euro angehoben wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Das ist aus unserer Sicht wirklich eine Sauerei. Jetzt mag man vielleicht argumentieren, dass die Kosten ja noch auf die Kommunen abgewälzt werden können, weil die Kommunen natürlich einen gewissen Sachaufwand tragen müssen. Ich bin aber der Meinung, dass die Kommunen für die Refinanzierung der Personalkosten nicht zuständig sind. Deswegen sind wir auf Landesebene in der Verantwortung. Außerdem gibt es in kaum einer Kommune mehr eine Defizitübernahme als Träger einer Kindertageseinrichtung.

Leider ist die Ministerin nicht da, und der Staatssekretär ist jetzt, kurz nachdem ich zu reden angefangen hatte, auch gegangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da ist er!)

– Ah, da ist er wieder, wunderbar! Hört aber nicht zu!

(Volkmar Halbleib (SPD): Er lässt sich gerade vom Personal den Sachverhalt bestätigen.)

Man spart wirklich am falschen Ende.

(Beifall bei der SPD – Isabell Zacharias (SPD): Das Beste für unsere Jüngsten!)

Es ist mir ein zentral wichtiges Thema, und ich bin sicherlich auch deshalb so leidenschaftlich, weil ich berufsbedingt einen entsprechenden Hintergrund mitbringe. Aber wir sparen da wirklich an der falschen Stelle.

Ich fordere Sie deswegen alle auf, den Trägern und den Einrichtungen finanziell nicht die Luft zum Atmen zu nehmen und unserem Antrag zuzustimmen. Vielleicht erreichen wir mit der heutigen Debatte wenigstens, dass im Ministerium im Nachgang nochmal gut überlegt wird, ob da nicht aus Versehen ein Druckfehler in den Newsletter reingerutscht ist und sich der Fehlerteufel eingeschlichen hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut! So machen wir es!)

So kann es nämlich nicht sein.

Noch kurz zu den Nachziehern der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Von der Stoßrichtung her stimmen wir zu, deswegen auch ein positives Votum unsererseits. Leider muss ich sagen, dass sich vor allem der Antrag der GRÜNEN, weil sie das große Fass aufgemacht haben, stark von der Wichtigkeit des Basiswerts entfernt hat. Aber das steht natürlich jeder Fraktion zu. Ich hätte heute gern die reine Erhöhung des Basiswerts in den Mittelpunkt gestellt, stimme aber grundsätzlich zu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo ist der Nachzieher der CSU?)

– Von der CSU gibt es leider keinen Nachzieher, auch wenn das in diesem Fall eine schöne Sache gewesen wäre. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Rauscher. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Schmidt. Bitte schön, Frau Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Werte Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich den Blick aufs Landesamt für Statistik richten. Die Zahl der Kinder in den Kindergärten hat sich in den älteren Altersgruppen nicht sonderlich erhöht, wohl aber die Zahl der Drei- bis Sechsjährigen. Da haben wir in den letzten Jahren ausgebaut und investiert – und das ist gut so.

Frau Kollegin Rauscher, wir haben viele, sehr viele Anträge zur Qualität der Kitas gehabt. Manchmal haben sie sich in Nuancen unterschieden, manchmal waren sie fast nicht auseinanderzuhalten. Das ist eigentlich ein Zeichen dafür, dass sich die Opposition bewusst war, dass man etwas tun muss.

Herr Kollege Vogel, wenn man jetzt von dieser Erhöhung, den großartigen zwei Euro, hört, dann frage ich mich, ob Sie das überhaupt verstanden haben und ob es vielleicht ein Kommafehler ist. Es kann nur ein Kommafehler sein, weil Sie im Ausschuss immer und kontinuierlich erzählt haben: Es wird etwas verbessert; der Freistaat investiert und investiert. – Wir spüren aber nichts. Sind wir doch mal so ehrlich und fragen bitte mal ab, wie viele Tausende und Millionen die Träger und die Kommunen im Freistaat für den Defizitausgleich bei den Kitas ausgeben. Fragen wir gerade die Kleineren ab, weil die mit den Buchungszeiten bei der Personalstärke nicht klarkommen, weil sie dann eben Abzüge haben usw. usf. Die Kosten für den Grundbetrieb sind für einen kleinen, ländlichen Kindergarten genau die gleichen wie für einen großen. Hier machen Sie tatsächlich eine Erhöhung um zwei Euro.

Frau Kollegin Rauscher, ich dachte auch, ich hätte mich verlesen. Sie haben in der Debatte nur einen Fehler gehabt. Was einen Kindergarten gut und wertvoll, für den Träger aber auch teuer macht, sind nicht die altersbedingten Lohnerhöhungen einer Erzieherin, sondern sie bekommt aufgrund ihrer großartigen Erfahrung mehr Lohn.

Deshalb kriegt sie mehr, und deshalb wird's teurer. Dafür fehlt die Wertschätzung. Wir haben einfach keine Wertschätzung dafür.

Uns FREIEN WÄHLERN ist es deshalb auch wichtig, dass wir endlich eine feste So-ckelfinanzierung bekommen. Wir blasen hier ins selbe Horn wie die Frau Kollegin Rauscher. Es muss irgendetwas passieren. So können die Träger und die Kommunen nicht mehr weiterarbeiten.

Sie schreiben auf Ihre Wahlplakate "Familienland Bayern", aber es fehlt der Wille zum Handeln. Auf dem Plakat steht "Familienland Bayern", und Sie geben für das Postzentrum, von dem der Newsletter über die mickrigen zwei Euro verschickt wird, mehr aus als flächendeckend für die Erhöhung des Basiswerts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das muss man sich mal vorstellen. Sie müssen handeln. – Ich hab' keine Zeit mehr? – Ach so.

Wir müssen handeln. Wir werden auch dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, auch wenn er sehr breit gefächert ist. Vielleicht versteht die CSU irgendwann einmal, dass ein Bekenntnis auf einem Plakat einfach zu wenig ist.

Herr Vogel, bitte kommen Sie vor, und sagen Sie, dass das ein Kommafehler war. Gehen Sie mit der Kollegin mit, gehen Sie mit uns mit, und gehen Sie mit den GRÜNEN mit. Zeigen Sie endlich einmal Aktion! Oder legen Sie endlich einmal die Zahlen vor, wie die Träger proportional zu den Investitionen Leistungen erbringen – mit Defiziten, mit Förderungen, mit zusätzlichen Ausbaurkosten, mit mitarbeiterfreundlichem Ausbau. Bringen Sie bitte mal diese Zahlen; denn wir müssen auch einmal darüber reden, was die Kommunen und die Träger leisten. Bringen Sie dasselbe Engagement auf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schmidt. Ich muss mich entschuldigen, die Redezeitenanzeige ist nicht an. Ich denke, das wird gerichtet. Geht das? Das wäre schon hilfreich. Sonst bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt reden, wieder auf die Uhr am Rednerpult zu achten. — Ich kann aber sagen: Sie haben Ihre Zeit wunderbar eingehalten. Ich glaube, die Fraktionskollegen sind damit ganz zufrieden. – Die FREIEN WÄHLER haben jetzt noch 21 Minuten und 5 Sekunden.

Unsere nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Initiative der SPD natürlich sehr, die finanzielle Grundausstattung der bayerischen Kitas zu verbessern und für bessere Rahmenbedingungen im frühkindlichen Bereich zu sorgen. Wir meinen aber, es ist doch selbstverständlich, die Basiswertsteigerung so zu gestalten, dass sie mit der Tarifierhöhung Schritt hält. Ich habe es gar nicht fassen können, dass hier tatsächlich eine Basiswertsteigerung von 2,03 Euro, also um 0,18 % vorgenommen wird. Ich glaube, das sollte heute noch richtiggestellt werden. Es ist so nicht nachvollziehbar.

Wir denken aber auch, dass nach all den vielen Diskussionen, die wir in den letzten Jahren im sozialpolitischen Ausschuss geführt haben, jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen. Die Situation bei den Kitas darf nicht nur fortgeschrieben, sondern muss deutlich verbessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen ein Investitionsprogramm zum bedarfsgerechten Ausbau sowohl in den Krippen als auch im Kitabereich. In Bayern wurden in den letzten Jahren zwar Millionen in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, hierbei hat Bayern aber lediglich Mittel des Bundes umgeleitet. Ein eigenes Investitionsprogramm war bereits 2014 ausgelaufen.

Aufgrund einer steigenden Zahl von Kleinkindern, die ja sehr erfreulich ist, besteht jedoch ein weiterer starker Bedarf an zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen – nicht nur

für Krippenkinder, sondern auch für Kindergartenkinder. Wir brauchen deswegen ein bayerisches Sonderinvestitionsprogramm, das zumindest den Mitteln des Bundes entsprechen müsste. Weiter brauchen wir dringend eine spezielle Förderung von Kitas, die längere Öffnungszeiten anbieten, auf die viele berufstätige Erziehende oder Alleinerziehende angewiesen sind. Ein Förderprogramm, das diesen zusätzlichen Aufwand abdecken soll, läuft in Bayern zum Jahresende leider aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fortführung dieses Förderprogramms ist aber notwendig.

Bayern bekommt von der Bundesregierung in den Jahren 2017 und 2018 Mittel in Höhe von insgesamt 255 Millionen Euro, die durch den Wegfall des Bundesbetreuungsgeldes frei geworden sind. Die anderen Bundesländer und der Bund haben sich darauf verständigt, die frei gewordenen Mittel zur Verbesserung der Kinderbetreuung einzusetzen. Bayern ist das einzige Bundesland, das diese Mittel nicht zur Verbesserung der Einrichtungen einsetzt, sondern für ein eigenes Betreuungsgeld. Wir wollen, dass diese Mittel nicht weiter zweckentfremdet werden. Diese Mittel sollen sachgerecht verwendet werden. Dadurch ergeben sich erhebliche Spielräume zur Verbesserung der Situation in den Kitas.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überfällig ist natürlich auch die Verbesserung des förderrelevanten Mindestanstellungsschlüssels. Auch das wird schon sehr lange diskutiert. Wir schlagen eine schrittweise Anpassung vor. Ein erster Schritt wäre, schon nächstes Jahr den förderrelevanten Schlüssel von 1 : 11 auf 1 : 10 zu verbessern. Bei vielen Trägern ist das schon Praxis, aber nicht bei allen. Zudem soll in den Krippen ein Mindestanstellungsschlüssel von 1 : 5 eingeführt werden. Das ist eine relativ geringe Einstiegsforderung, die endlich umgesetzt werden sollte, und zwar noch in dieser Legislaturperiode und somit im nächsten halben Jahr.

Diese Punkte wollen wir natürlich in die Beratungen zum Nachtragshaushalt einbringen. Wir hoffen, dass wir im Jahr 2018, am besten gemeinsam, diesen ersten Schritt gehen können.

Besonders wichtig ist auch die Entlastung der Kindertagesstättenleitungen durch verbindliche Freistellungszeiten. Die Kindertagesstättenleitung erledigt sich nicht von selbst und auch nicht nebenher. Bei der Zahl der durchschnittlich freigestellten Leitungsstunden liegt Bayern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Manche Träger gewähren eine Leitungsfreistellung, andere nicht. Leider wird die Freistellung durch die gesetzlichen Regelungen derzeit nicht finanziert. Die Erzieherinnen brauchen Verfügungszeiten für pädagogische Aufgaben, Dokumentation, Weiterbildung und vor allem für Elternarbeit. Jeder fordert, dass die Einrichtungen mehr Elternarbeit übernehmen sollen. Dafür braucht man jedoch auch Zeit und eine Finanzierung durch den Freistaat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbesserungen in diesem Bereich sind notwendig, möglichst sofort. Daher müssen bereits mit dem nächsten Nachtragshaushalt Verbesserungen eingeleitet werden. Wir werden diese Punkte einbringen. Wir sehen darin einen ersten Schritt zur notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen im frühkindlichen Bereich. Wir bitten Sie: Stimmen Sie diesen Änderungen zu. Den Initiativen der SPD und der FREIEN WÄHLER stimmen wir ebenfalls zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. – Die Redezeitanzeige funktioniert jetzt wieder. Unser nächster Redner ist der Kollege Vogel. Bitte schön, Herr Vogel.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Rauscher, vielen Dank, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Man kann sich nicht oft genug über die Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten austauschen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Am besten zustimmen! Das wäre doch mal was!)

Ich selbst bin Träger und habe den erwähnten Newsletter über die 2,03 Euro auch erhalten. Ich war auch etwas überrascht darüber. Der Antrag gibt einem die Gelegenheit, sich mit folgender Frage zu befassen: Wieso beträgt die Erhöhung nur 2,03 Euro? Warum? – Wir haben die Systematik, dass die Tarifsteigerungen automatisch umfasst sein müssen. Mir wurde nachvollziehbar erläutert, dass es daran liegt, dass der Tarifvertrag und die Tariferhöhungen vom 01.01.2017 bis zum 28.02.2018 gelten. Dies bedeutet, zu Beginn des Jahres 2018 gibt es keine Tarifsteigerungen und keine Tariferhöhungen. Die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten erhalten im Januar dieselbe Vergütung wie beispielsweise im Dezember.

Das heißt, es gibt jetzt noch keine planbaren Mehrausgaben für die Erzieherinnen und Erzieher. Wir wissen noch nicht, wie die Tarifabschlüsse gestaltet werden. Wenn die Tarifverhandlungen stattfinden und es zu einer deutlichen Erhöhung der Vergütung für Erzieherinnen und Erzieher kommt, gibt es Ende des Jahres rückwirkend die Abrechnung, und die Träger bekommen die Tarifsteigerung selbstverständlich rückwirkend vergütet. Wir wissen jedoch noch nicht, ab wann die neuen Tarifverträge gelten. Sie könnten ab 1. Juni, ab 1. August oder ab dem 1. September gelten. Das ist alles eine Kaffeesatzleserei. Deshalb wird abgewartet, wie die Abschlüsse sind und ab wann diese gelten. Danach kommt eine entsprechende Rückvergütung. Wenn es zu einer Tariferhöhung kommt, dann wird der Freistaat diese Mehrkosten selbstverständlich in die Förderung einbeziehen. Wir, die CSU-Fraktion, wünschen uns auch eine deutliche Anhebung der Vergütung, um den Beruf attraktiver zu machen. Liebe Frau Rauscher, das sei zu Ihrem Antrag gesagt.

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER: Der Antrag ist für mich weder plausibel noch nachvollziehbar. Wir sprechen von einer Sockelfinanzierung. Bayernweit gibt es eine sehr heterogene Trägerlandschaft. Es gibt Kindertagesstätten mit nur einer Gruppe. Es gibt große Einrichtungen mit vielen Gruppen. Es gibt Kindertagesstätten mit und ohne Krippe. Im Antrag ist lediglich von Sockelfinanzierung die Rede. Jedoch ist nicht

einmal ein Betrag erwähnt. Es ist nicht klar, ob die Sockelfinanzierung an die Anzahl der Kinder geknüpft ist. Der Antrag fordert lediglich eine Sockelfinanzierung. Sie sagen, dass wir im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung zu wenig liefern. Aber der Antrag fordert nur eine Sockelfinanzierung und sonst nichts. Er lässt so viele Fragen offen, dass man dazu nicht einmal Stellung nehmen kann. Frau Rauscher hat das vorhin schon deutlich gemacht.

Ein ganz umfangreicher Antrag liegt von Frau Kamm und von den GRÜNEN vor. Von diesem Antrag wird der gesamte Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung abgedeckt. Ich gehe den Antrag in aller Kürze durch:

Erstens. Hier wird ein Investitionsprogramm zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und Schulkindern gefordert. Wir haben ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes, das vierte. Das sind 178 Millionen Euro auch für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Die Mittel sind für den Umbau, die Renovierung, die Sanierung oder die Erweiterung gedacht. Dieses Programm gibt es bereits. In der Antragsbegründung wird gefordert, dass Bayern eigenes Geld einbringen soll. Dabei verkennen Sie, dass es zu den 178 Millionen Euro zusätzlich die FAG-Förderung gibt. Dies führt in einem ländlichen Landkreis wie dem meinen dazu, dass Kommunen, wenn sie Betreuungsplätze schaffen, eine Förderung von bis zu 90 % erhalten. Dies bedeutet, dass wir kein weiteres Förderungsprogramm brauchen. Wir setzen bereits bayerisches Geld durch die FAG-Mittel ein und haben zusätzlich das Sonderinvestitionsprogramm des Bundes. Deshalb besteht kein Bedarf für ein weiteres Sonderinvestitionsprogramm. Wir haben es bereits.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Sie fordern die Fortsetzung des Förderprogramms für Kitas mit langen Öffnungszeiten. Ja, es gab diese Anreizfinanzierung mit 6 oder 7 Millionen Euro. Der Gesamtbedarf an Betriebskosten für Kindertagesstätten beläuft sich auf 3,4 Milliarden Euro. Die Entscheidung, ob ein Träger erweitert oder nicht, wird unabhängig von die-

ser Finanzierung getroffen. Das war nur ein kleiner An Schub. Was ist aber festgestellt worden? – Die Hälfte aller Kindertagesstätten in Bayern bietet bereits diese langen Öffnungszeiten an. Damit hat es einen Mitnahmeeffekt gegeben. Wir brauchen kein bayerisches Sonderförderprogramm für längere Öffnungszeiten. Die Kommunen bieten bereits jetzt für Eltern passende Öffnungszeiten an. Außerdem gibt es das Bundesprogramm KitaPlus. Hier können Kindertagesstätten, die 24 Stunden geöffnet haben, die Sonderförderung des Bundes erhalten. Durch das Bundesprogramm gibt es schon jetzt die Möglichkeit, die Randzeiten zu finanzieren.

Drittens. Der nächste Punkt sind die 255 Millionen Euro für das Landesbetreuungsgeld. Ich spare mir, die gesamte Debatte über das Betreuungsgeld noch einmal zu führen. Ich komme zu dem Ergebnis, dass das Landesbetreuungsgeld auch in die Betreuung investiert wird. Wir sprechen viel von Betreuungsschlüssel. Wenn sich eine Mutter daheim um ihr vierzehn Monate altes Kind kümmert, dann ist das ein Betreuungsverhältnis von 1 : 1. Besser kann man sich das eigentlich nicht wünschen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann man hier unterschiedlicher Auffassung sein, aber ich möchte nicht die ganze Debatte über das Betreuungsgeld führen.

Viertens. Zur Forderung nach einer Verbesserung des relevanten Mindestanstellungsschlüssels von 1 : 11 auf 1 : 10, das sind 10 %, sei gesagt: Derzeit gibt es 70.000 Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Wenn wir den Anstellungsschlüssel verpflichtend senken, wird das natürlich einen nicht unerheblichen Personalbedarf auslösen. Den können wir im ländlichen Bereich möglicherweise decken. Aber wie gehen wir damit beispielsweise in einer Stadt wie München um? Wie gehen wir damit in einer Stadt wie Augsburg oder Nürnberg um? In diesen Städten herrscht praktisch Fachkräftemangel. Wir erhöhen dadurch die Förderkriterien derart, dass praktisch die Öffnungszeiten reduziert werden, weil man die Fachkräfte nicht hat. Das heißt nach unserer Überzeugung, es wäre wünschenswert – das BayKiBiG spricht deshalb auch von

einem empfohlenen Anstellungsschlüssel –, aber solange wir das Problem der Fachkräfte nicht gelöst haben, können wir mit dem Anstellungsschlüssel nicht verpflichtend nach unten gehen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt werden Sie einwerfen: Ist ja nichts passiert – Fachkräftemangel. Die Zahl der Fachakademien ist vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2017 von 39 Fachakademien auf 59 Fachakademien gestiegen. Wir haben die Anzahl der Fachakademien von 39 auf 59 erhöht. Die Zahl der Studentinnen und Studenten an den Fachakademien betrug 2.000 im Jahr 2008, heute sind es 3.000 Absolventen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler stieg von 4.000 auf 6.000. Obwohl wir so viel in die Ausbildungskapazitäten investiert haben, ist der Bedarf so hoch, dass er praktisch noch nicht gedeckt werden kann. Nach derzeitiger Rechnung können wir deshalb den Mindestanstellungsschlüssel auch nicht absenken.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Hinsichtlich des Mindestanstellungsschlüssels liegen Sie übrigens in der Begründung nicht ganz richtig. Sie sagen: Es gibt keinen verbindlichen Stellenschlüssel in der Krippe. – Natürlich gibt es den. Wir haben 1 : 11, Gewichtungsfaktor 2. Das heißt, 5,5 habe ich heute schon als Verpflichtung in der Krippe. Wenn Sie die Gewichtung auf 3 erhöhen, ist man schon bei 3,8. Das heißt im Übrigen, auch der nächste Antragsinhalt – die Erhöhung des Gewichtungsfaktors von 2 auf 3 – würde dazu führen, dass wir in den Kinderkrippen einen Mehrbedarf an Fachkräften von 30 %, 40 % haben. Woher nehmen wir diese? – Auf den Bäumen wachsen sie leider nicht. Allein aus Praktikabilitätsgründen und um unsere Kindertagesstätten und -krippen überhaupt in Betrieb halten zu können, muss der Antrag abgelehnt werden.

Hinsichtlich der besseren Freistellungsmöglichkeiten für Leitungen: Wir haben im Ausschuss sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir das anpacken. Was heißt Freistellung? Wie gehen wir damit um? In einem eingruppigen Kindergarten habe ich eine Leitung.

Wie stelle ich die Leitung in einem eingruppigen Kindergarten aber frei? Da war die Fragestellung: "Halbtag" muss immer freigestellt werden. Das ist nach unserer Überzeugung auch wenig praktikabel. Wir sind aber gesprächsbereit. Wir werden darüber nachdenken müssen, wie wir die Leitungsfunktionen stärken können.

Thema feste Verfügungszeiten, tägliche Nacharbeiten usw.: Das wäre ein Bürokratiemonster. Wir sprechen viel von Entbürokratisierung. Wollen wir jetzt angesichts der Vielzahl und Unterschiedlichkeit unserer Trägerstruktur verpflichtend vorgeben, wann und wie welcher Träger wie viele dieser festen Verfügungszeiten in welchem Umfang haben soll? Wir sagen, das ist Trägerautonomie und Trägerhoheit. Die Träger gehen sehr verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe um. Wir brauchen keine weiteren Regulierungen. Wenn man diese Gespräche führt – Frau Rauscher, Sie haben auch unser Gespräch mit den Erzieherinnen und Erziehern zitiert –, dann ist eine der Hauptforderungen immer der Bürokratieabbau. Sie fordern mit diesem Antrag letztlich aber sogar noch einen Bürokratieaufbau. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ebenfalls ab.

Ein Satz noch zum Thema Basiswert, weil man den Eindruck hat, er sei nie erhöht worden: Der Basiswert ist im Jahr 2005 – BayKiBiG 2006 – mit 767 Euro gestartet. Jetzt liegen wir bei 1.130 Euro plus dem Qualitätsbonus von 60 Euro und damit bei 1.190 Euro. Wir hatten innerhalb der letzten zehn Jahre beim Basiswert eine Steigerung von weit über 50 %, und wir sind uns doch einig, dass die Tarifsteigerungen innerhalb der letzten zehn Jahre keine 50 % betragen. Daran können Sie erkennen, dass man sehr wohl sehr stark in den Familienbereich investiert.

Für den Betrieb der Kindertagesstätten, eine Pflichtaufgabe der Kommunen, stellt der Freistaat Bayern mittlerweile jährlich 1,7, 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Deshalb kann man auch nicht davon sprechen, dass wir nichts tun. Kein anderes Flächenbundesland in Deutschland investiert so viel und unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben so stark wie der Freistaat Bayern. Das können wir uns nicht schlechtreden lassen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Vogel. Bitte bleiben Sie noch, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. – Zuvor gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion zum Antrag der SPD auf Drucksache 17/19490 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Nun zur ersten Zwischenbemerkung von der Kollegin Rauscher. Bitte schön, Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Ich muss jetzt doch noch ein, zwei Kommentare loswerden. Erstens. Herr Vogel, stimmen Sie mir zu, dass die Tarifierhöhung eventuell noch berücksichtigt wird, aber in der Gesamtüberlegung die altersbedingte Gehaltssteigerung nicht berührt wird?

Zweitens. Haben Sie mit Trägern gesprochen und gefragt, wie viel sie eigentlich bräuchten, um die altersbedingte Gehaltssteigerung mit abzudecken? – Falls ja, dann hätten Sie vermutlich genauso wie ich die Rückmeldung bekommen, dass sie nicht 0,17 oder 0,18 % mehr bräuchten, sondern für eine betriebswirtschaftliche Gegenrechnung eigentlich 3 %.

Dann hätte ich noch die Frage: Selbst, wenn die Träger Ende 2018 irgendwie eine Rückzahlung bekommen sollten, ist das immer ein wenig eine Blackbox. Eine Basiswerterhöhung ist immer eine Blackbox; man ist ein wenig wie ein Adrenalinjunkie unterwegs – vielleicht stehen die Träger darauf. Man weiß nie genau, was kommt, weil man die Sicherheit, dass die Personalkosten refinanziert werden, von Jahr zu Jahr nicht hat. Die Träger müssen aber in Vorleistung gehen. Sie haben keine Planungssicherheit. Sie haben nicht irgendwo Aktien liegen, in denen sie ihre Gehalts- oder Einnahmenüberschüsse bunkern, um dann durch das Auflösen von ein paar Aktien vielleicht die Gehaltskosten zu decken. Die Träger bewegen sich finanziell an der Kante und erhalten dreimal im Jahr die Abschlagszahlung, die auch den Basiswert erhöht. Das alles sind meine Fragen.

Stimmen Sie mir in diesen Punkten zu? Wie sollen die Träger das leisten? Das ist ein großes Problem. Ich kann nur die gesamte CSU-Fraktion auffordern: Gehen Sie zu den Trägern in Ihrer Heimatregion; sie werden Ihnen alle das Gleiche sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Rauscher. – Herr Vogel, bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Rauscher, ich kann sozusagen täglich mit einem Träger sprechen, weil ich selbst einer bin. Wir haben einen zweigruppigen Kindergarten und eine zweigruppige Krippe.

(Zurufe von der SPD)

Was passiert? – Ich stimme Ihnen selbstverständlich zu: Die Basiswertförderung ist eine pauschalierte Förderung, die nicht auf die individuelle Altersstruktur in einer Kindertagesstätte abstellt. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Bei mir scheidet in diesem Jahr eine erfahrene Erzieherin mit 63 Jahren aus, die eine verhältnismäßig hohe Vergütung erhält. Dafür stellen wir eine junge engagierte Kraft von 25 Jahren ein.

(Doris Rauscher (SPD): Das wird günstig für Sie!)

Das heißt, ich habe dann sogar eine bessere Finanzierung; denn es wird günstiger, wenn beispielsweise eine ältere Erzieherin ausscheidet und dafür eine jüngere kommt. Das ist einfach das System einer pauschalierten Förderung. Wenn ich eine Alters – –

(Zurufe von der SPD)

– Wir müssten die Altersstruktur in jeder Kindertagesstätte darlegen. Wir haben 10.000 Kindertagesstätten in Bayern. Wir bräuchten den Altersschnitt von jeder Kindertagesstätte und eine individuelle Förderung nach dem jeweiligen Altersschnitt in einer Einrichtung. Das ist doch Wahnsinn!

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Noch einmal zur Frage der Basiswerterhöhung innerhalb der letzten drei Jahre: 2015 lag der Basiswert bei 980 Euro, jetzt liegt er bei 1.130 Euro. Wir haben eine Steigerung von über 12 %. Da sieht man,

(Doris Rauscher (SPD): Da sieht man, wie wichtig das war!)

dass praktisch jede Tarifsteigerung selbstverständlich vergütet wird. Es gab diesen Arbeitskampf der Erzieherinnen, Tarifautonomie usw. Die Ministerin Müller hat sich in einer Pressemitteilung geäußert und gesagt, sie trete dafür ein. Ich zitiere:

"... bei der Bezahlung besteht Nachholbedarf. Ich

– Staatsministerin Müller –

plädiere daher gegenüber den Tarifparteien dafür, bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung nachzubessern sowie Nachteile bei der tariflichen Eingruppierung ... zu beseitigen. ... Das ist der wirksamste Hebel gegen den Fachkräftemangel. Auch der Freistaat leistet seinen Beitrag: Jede Erhöhung der Tarifgehälter flankiert das Familienministerium mit einer erhöhten Förderung", so die Ministerin.

(Doris Rauscher (SPD): Aber das ist doch eine Farce! Das langt doch nicht!)

Das heißt, Sie stellen die Behauptung auf, die Tarifsteigerungen seien nicht umfasst, und wir sind der Überzeugung – was auch nachvollziehbar ist –, dass Tarifsteigerungen enthalten sind. Insoweit haben wir einfach eine unterschiedliche Auffassung

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) hinsichtlich eines Faktums.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung ist von der Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Vogel, Sie haben im Wesentlichen unsere Anträge mit der Bemerkung abgelehnt, dass es das notwendige Personal überhaupt nicht gebe. Wir sehen in einer Verbesserung der Arbeitssituation in den Kindertagesstätten aber einen wesentlichen Faktor zur Behebung der Fachkraftprobleme. Viele Erzieherinnen und Erzieher suchen sich aufgrund der Arbeitsbedingungen, wie sie sie vorfinden, eine andere Tätigkeit. Ich denke, wir müssen daher mehr in die Qualität investieren, sodass die Erzieherinnen tatsächlich länger in diesem Beruf bleiben. Wir erwarten dazu auch Schritte von der Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Vogel, bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Noch einmal: Der Basiswert wurde seit der erwähnten früheren Fassung des BayKiBiG um weit über 50 % erhöht, um weit mehr, als die Tarifsteigerungen ausgemacht haben. Die Staatsregierung plädiert dafür und tritt dafür ein, dass die Tarifparteien eine bessere Bezahlung erwirken, das heißt, dass die Tarifparteien die Arbeit entsprechend honorieren, und sagt: Sobald die höheren Abschlüsse kommen, werden wir die Förderung selbstverständlich gemäß der Tarifierhöhung mittragen. – Ihr Vorschlag ist einfach wenig praktikabel. Sprechen Sie mal mit Bürgermeistern. Gehen Sie mal in die Landeshauptstadt München, sprechen Sie mit dem Sozialreferenten oder der Sozialreferentin, und fragen Sie, wie wir damit umgehen. Gewichtungsfaktor mal drei, dann den Anstellungsschlüssel auf 1 : 10 senken. Wie gehen wir damit um? Die bekommen jetzt schon keine Leute. Und jetzt soll ich sagen, ab 01.09.2018 – neues Kindergartenjahr – gilt der andere Gewichtungsfaktor, der andere Anstellungsschlüssel?

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Sie treiben die Träger praktisch dazu, die Öffnungszeiten zu reduzieren, weil sie das Personal nicht haben. Unser erster Ansatzpunkt, unser wichtigster Ansatzpunkt muss sein, dass wir mehr Fachkräfte in dem Bereich bekommen, damit man dann qualitativ nachziehen kann.

Übrigens sehen wir auch, dass wir eine ganz unterschiedliche Struktur haben. Wir haben einen empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1 : 10, einen Förderanstellungsschlüssel von 1 : 11, der förderrelevant ist, und der Durchschnitt in Bayern ist 1 : 9,16. Da sieht man, dass man in den allermeisten Kindertagesstätten sehr verantwortungsvoll damit umgeht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Eben!)

Wenn man die Reserven und das Personal hat, dann sind auch die Träger bereit, Personal einzustellen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

(Christine Kamm (GRÜNE): Vielleicht nicht alle Träger!)

Es ändert nichts daran, dass wir die Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Vogel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Frist für die namentliche Abstimmung ist aber noch nicht erfüllt. Deshalb werden wir diese Abstimmungen nach dem nächsten Dringlichkeitsantrag durchführen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen zurück. Zu Nummer 1 haben wir drei Abstimmungen durchzuführen. Die SPD-Fraktion hat hier namentliche Abstimmung beantragt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie betrifft unseren Antrag; aber beantragt hat sie die CSU!)

– Aber namentlich abgestimmt wird über den SPD-Antrag, Herr Kollege.

Ich lasse jetzt über den ersten Dringlichkeitsantrag abstimmen; das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/19514. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/19515 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den SPD-Antrag betreffend "Qualität in bayerischen Kitas sicherstellen – staatliche Förderung anheben!" auf Drucksache 17/19490.

Die Urnen stehen bereit. Ich darf Sie bitten, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 15.34 bis 15.39 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Karten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird anschließend bekannt gegeben.

Wir können die nächste namentliche Abstimmung noch nicht durchführen, weil die erforderliche Zeit noch nicht abgelaufen ist.

Ich darf noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Qualität in bayerischen Kitas sicherstellen – staatliche Förderung anheben!", Drucksache 17/19490. Mit Ja haben 54 und mit Nein 78 gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.12.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion SPD; Qualität in bayerischen Kitas sicherstellen - staatliche Förderung anheben! (Drucksache 17/19490)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse				Glauber Thorsten			
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst				Gote Ulrike	X		
Aures Inge				Gottstein Eva	X		
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker							
Baumgärtner Jürgen				Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hözl Florian			
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas				Kohnen Natascha			
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	54	78	1